

Deutsche Allgemeine Zeitung.

• Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz! •

Dienstag,
16. September 1879.

Inserate

• Sieb an die Expedition zu
Leipzig zu senden.
Inserationsgebühr
für die Spaltenreihe zu 10 Pf.
unter Einheitszettel zu 10 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Stettin, 14. Sept. Sr. Maj. der Kaiser hat dem gesetzigen Corpsmanöver an einer südwestlich von Schwellenthin gelegenen Stelle während drei Stunden zu Pferde beigewohnt. Zu dem von der Stadt am Abend auf Elisenhöhe veranstalteten Feste begab sich der Kaiser auf dem Dampfer Mistroy, welcher auf seiner Fahrt dorthin von drei festlich geschmückten Dampfern und vielen Privatschiffen begleitet war. In Elisenhöhe war eine großartige und herrlich ausgeschmückte Halle errichtet worden, von welcher sich ein wundervoller Blick auf die Stadt Stettin und die Oder bot. Sr. Maj. nahm das von der Stadt angebotene Souper an; es nahmen an denselben circa 450 Gäste teil. Auf der Heimfahrt waren beide Ufer der Oder mit elektrischem und bengalischem Feuer glänzend beleuchtet, und steigerte sich der wundervolle Effect der Beleuchtung, je mehr man sich Stettin näherte. Dahin zurückgekehrt, machte der Kaiser um 10 Uhr abends noch eine Umfahrt durch die glänzend erleuchteten Straßen der Stadt, überall von der zahllosen Menschenmenge mit enthusiastischen Burgen begrüßt.

* Berlin, 13. Sept. Sr. Maj. Schiff Ariadne, acht Geschütze, Commandant Corvettenkapitän v. Werner, hat am 1. Sept. Port-Saïd verlassen, ist am 7. Sept. im Hafen von La Valetta (Malta) eingetroffen und beabsichtigt am 8. Sept. die Weiterreise nach Gibraltar anzutreten.

* Berlin, 13. Sept. Sr. Maj. Schiff Rhympe, neun Geschütze, Commandant Corvettenkapitän Sattig, ist am 12. Sept. in Aiel eingetroffen.

* Lauenburg, 13. Sept. Das Resultat der im 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreise stattgehabten Wahl eines neuen Reichstagsabgeordneten an Stelle des Dr. Hammacher ist bis jetzt erst aus 62 Wahlbezirken bekannt. In diesen erhielt der Kandidat der Liberalen, Westphal, 2760, der Kandidat der Conservativen, Schröder, 1599, der Kandidat der Sozialdemokraten, Praast, 283 Stimmen. Aus 42 Wahlbezirken steht das Ergebnis der Wahl noch aus.

* Lauenburg, 14. Sept. Das Wahlergebnis ist nunmehr aus 91 Bezirken bekannt, nach denselben erhielten Westphal 3142, Schröder 2754, Praast 295 Stimmen. Aus 13 Bezirken fehlt noch das Wahlergebnis; eine Stichwahl ist wahrscheinlich.

* Darmstadt, 13. Sept. Die Königin von Württemberg ist gestern Nachmittag zum Besuch der Kaiserin von Russland in Ingelheim eingetroffen.

Wien, 14. Sept. Die hochoffizielle Montags-Revue meldet, daß, falls die Feststellung des österreichischen und des gemeinsamen Budgets in den nächsten Tagen vollendet wird, der Reichsrath zum 26. Sept. eröffnet werden soll. Die Verfassung einer Reihe neuer Herrenhausmitglieder ist bevorstehend. — Die Ungarische Creditbank beschloß, Filialen in

Bosnien und der Herzegowina zu errichten. Die Anglobank und der Bankverein beabsichtigen, der Regierung ein Kassenlotterieprojekt vorzulegen.

(D. W.-Bl.)

* Agram, 14. Sept. Ihre Kaiserl. und Königl. Hoh. die Kronprinzessin des Deutschen Reiches und von Preußen ist heute früh um 8 Uhr von Römerbad in strengem Incognito hier eingetroffen und im Hotel zum Kaiser von Österreich abgeflogen. Die Frau Kronprinzessin besuchte vormittags die Domkirche und nahm hierauf die Gehenswürdigkeiten der Stadt in Augenschein.

* Wien, 13. Sept. nachmittags. Meldungen der Presse aus Banja: „General Obadić hat den Kratowbach als Demarcationslinie, das Défilé bei dem Dörfe Kratovo als neutrale Zone bestimmt. Der türkische Commandant wartet mit der Räumung des von den österreichischen Truppen besetzten Gebietes, bis Husni-Pascha aus Sarajewo eintrifft und die Anlegenheit entscheidet.“ — Aus Plewje von heute früh: „Der Vormarsch gegen Prjepolje hat heute Morgen begonnen. Der Herzog von Württemberg hat sich heute Morgen nach Priboj begeben, um mit Husni-Pascha zusammenzutreffen. Die hiesige Stadtbewohlung hat beabsichtigt Einquartierung der österreichischen Truppen 200 Häuser geräumt, ein Theil der Garnison soll in Sweta Trojiza untergebracht werden. Die Verpflegung der Garnisonen im Baschalj Mostbazar soll durch Lieferungsverträge mit hiesigen, meist türkischen Kaufleuten, welche ihr Besitzthum im Werthe von 50000 Dukaten für Einhaltung der Lieferungstermine verpfänden, sichergestellt werden. Die türkischen Behörden zeigen sich hierbei sehr entgegenkommend.“

* Wien, 13. Sept. abends. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Priboj: „Das Eintreffen Husni-Pascha's wird wegen definitiver Regelung der Demarcationslinie erwartet.“ — Aus Belgrad: „Der Finanzminister Jovanovic ist durch förmliches Decret aus Gesundheitsgründen beurlaubt und der Minister für öffentliche Arbeiten, Ključić, mit der Leitung des Finanzministeriums beauftragt worden. Der bulgarische Generalstabschef Kirovci hat seine amtlichen Funktionen eröffnet. Der englische Ministerresident Gould hat dem Ministerpräsidenten Ristić angezeigt, daß England bereit sei, wegen gänzlicher Abschaffung der Capitulationen in Verhandlungen zu treten. Die griechischen Delegirten in Konstantinopel sind angewiesen worden, zunächst die Vorschläge der türkischen Delegirten entgegenzunehmen, demnächst deren Unterschiede vom Inhalt des 13. Con-

gressprotolls zu constatiren und sodann Konstantinopel zu verlassen.“

Rom, 14. Sept. Das Communiqué des Wiener Fremdenblattes, welches den Obersten Haymerle betrifft den Bruchstück „Italicas res“ desavouirt, wird hier nicht für ernst gehalten. Dies Communiqué gilt hier, nachdem man sich durch den Einbruck der Bruchstücke „Italicas res“ Ruhe in Italien während des Marches nach Novibazar gesichert habe, als ein Manöver, um dem Botschafter Haymerle die Rückkehr nach Rom beabsichtigt habe, um die Abberufungsschreibens zu erleichtern. (D. W.-Bl.)

* Paris, 13. Sept. Der bekannte Opernsänger Rogier ist gestorben.

* Paris, 14. Sept. Ein Telegramm der Agence Havas aus Athen besagt, die griechische Regierung habe ihre Delegirten in Konstantinopel angewiesen, die Interpretation der türkischen Delegirten über den obligatorischen oder facultativen Charakter des 13. Protocols nicht anzunehmen; nur denjenigen Mächten, die das Protokoll unterzeichnet hätten, siehe eine Interpretation desselben zu, Griechenland wie die Türkei müßten sich dieser Entscheidung unterwerfen.

* London, 13. Sept. Hier eingegangene Nachrichten vom Kriegsschauplatz im Caplande vom 22. Aug. melden: „Die Situation ist unverändert, König Ketschawo befindet sich noch auf der Flucht, die Verfolgung wird fortgesetzt.“ — Nach einem Telegramm des Standard aus Bombay vom 12. Sept. hat der Vormarsch der englischen Truppen von Lund-Kotal aus bereits begonnen.

* London, 13. Sept. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Capstadt vom 26. Aug. gemeldet: „In einer Unterredung mit den Häuptlingen der nördlichen Stämme habe General Wolseley seinen Plan betreffend die Verwaltung des Zululandes durch unabhängige Häuptlinge auseinander gesetzt und hinzugefügt, der Umstand, daß der König Ketschawo noch nicht gefangen sei, sei das einzige Hindernis für den Abschluß des Friedens.“

* London, 13. Sept. Dem Daily Telegraph wird aus Simla gemeldet, General Roberts habe telegraphisch um Entsendung von vier Regimenten zur Verstärkung gebeten. Es sei beschlossen worden, den ursprünglich beabsichtigten unverzüglichen Vormarsch gegen Kabul nicht auszuführen.

* London, 14. Sept. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Simla vom 13. Sept., eine Abtheilung der australischen Truppen des Emirs sei nach Durmut, einem östlich von Ghuzni gelegenen Distrikt, marschiert, um die dortigen Stämme zu einem Flanzenangriff auf die in dem Passe von Shabargardan vorrückenden englischen Truppen aufzureißen. Die Aufständischen hätten offenbar die Absicht, den Engländern Widerstand zu leisten, seien aber zur Zeit noch ohne Befehlshaber und ohne militärische Organisation. Der Emir habe ein vom 4. Sept. datirtes, nach der Nieder-

Die 33. Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Magdeburg.

Der Haupttag der Feier, 10. Sept., wurde durch einen Festgottesdienst im Dome eingeleitet, zu welchem sich die Mitglieder der Versammlung in feierlichem Zuge von der deutsch-reformierten Kirche aus begaben. Die Predigt hielt Hosprediger Dibelius aus Dresden. Derselbe lag das Schriftwort zu Grunde Apostolgeschichte 1, 14: „Dieselben waren stets bei einander einmütig.“ In meisterhafter und zündender Rede stellte die Predigt im Anschluß an dieses Wort den Gustav-Adolf-Verein als „ein Thatbekenntnis von der Einheit der evangelischen Kirche“ dar.

Um 10 $\frac{1}{4}$ Uhr wurde die erste öffentliche beruhende Versammlung in der deutsch-reformierten Kirche nach dem Gesange des Liedes „Herr Jesu Christ dich zu uns wend“, durch ein Gebet und durch eine Ansprache des Vorsitzenden eröffnet. Der letztere hob namentlich hervor, wie sich der Verein durch alle Verdächtigungen und Anfeindungen der Gegner nicht ermachen lassen dürfe in dem weitherzigen Sinne eines echten ökumenischen Geistes, der ihn bestelle und in dem er bald ein halbes Jahrhundert lang seine Arbeit getrieben habe.

Hierauf überbrachte Oberconsistorialrat Schmidt aus Berlin den Gruß des Evangelischen Oberkirchenrates, Generalsuperintendent Möller aus Magdeburg den des königlichen Consistoriums der Provinz Sachsen. Prediger Jakobi führte eine Anzahl junger Mädchen ein, welche die vom Magdeburger Frauenverein gespendeten reichen Gaben an heiligen Gefäßen über-

bringen. Eine andere Deputation von drei jungen Mädchen überreicht die Gaben einer höheren Privatschule, bestehend in Kelch und Patene. Drei Schüler des Domgymnasiums, in deren Namen ein Primaner das Wort ergreift, überbringen als Gaben der evangelischen Schüler des Domgymnasiums ebenfalls schöne Abendmahlsgeschäfte. Ebenso haben die Schüler der Realschulen reiche Gaben gespendet, die von drei Schülern überbracht werden. Nach lateinischer Rede überreicht ein Primaner des magdeburger Gymnasiums zum Kloster Unserer lieben Frauen die von diesem dargebrachten Weihgeschenke. Der Vorsitzende spricht (ebenfalls in lateinischer Sprache) den Dank der Versammlung aus. Auch die Schüler der höheren Gewerbeschule bringen Gaben dar, zum Zeugnis, daß auch das jüngere Geschlecht den evangelischen Glauben der Väter bewahren und das Streben des Gustav-Adolf-Vereins fördern will. Hosprediger Rogge überbringt im Auftrage des brandenburgischen Hauptvereins die vollständige Ausstattung eines Altars inclusive der Bekleidung von Altar und Kanzel, welche diesem seitens des Zweigvereins Sorau auf seiner diesjährigen Jahrestagerversammlung geschenkt worden ist, und knüpft daran im Einverständnis mit dem Zweigverein Sorau die Bitte, daß dieser reiche Kirchenschmuck der evangelischen Gemeinde Johannishof in Böhmen für ihre am 31. Aug. eingeweihte Kirche überwiesen werde.

Aus dem vom Schriftführer des Centralvorstandes, Pfarrer v. Criegern, erstatteten Jahresbericht ist folgendes hervorgehoben:

Die Gesamtsumme der bisherigen Verwendung seit dem Bestehen des Vereins hat sich auf 14,837218 M. erhöht. Auch im vorigen Jahre haben sich die Einnahmen um über 2000 M. gegen das Vorjahr erhöht, wenn auch wegen einer veränderten Einrichtung des Rechnungsschlusses die abschließende Summe der zwei letzten Jahre eine etwas niedrigere Summe ist als die des Vorjahrs. Unter den Gaben ist insbesondere eine von dem Kaiser außer seinem jährlichen Beitrag der Gemeinde Gaishorn in Steiermark gespendete besonders hervorzuheben; ferner ein Vermächtnis des Barons Józsefny für die evangelische Kirche Ungarns in verschiedenen Theilen zum Gesamtbetrag von 100000 fl. Ebenso viel hat der verstorbenen Kaufmann Reichel in Tirmann der Superintendentur dieses der Donau in Ungarn vermach. Neben diesen großen Spenden verbreiten aber auch die 75 M. Erwähnung, die eine Dienstmagd in der Rheinprovinz gespendet hat. Der Gesamtverein besteht gegenwärtig aus 44 Hauptvereinen, 1000 Zweigvereinen, 376 Frauenvereinen und 8 Studentenvereinen; 8 Gemeinden haben im vorigen Jahre aus der Pflege des Vereins ausgetreten können, dagegen befinden sich noch 903 in seiner unterstehenden Pflege. Im vorigen Jahre sind 25 Kirchenbauten, 10 Schulbauten, 13 Pfarrhausbauten vollendet, während 16 Kirchenbauten (unter ihnen die Kirche zu Innibach), 3 Schulbauten und 6 Pfarrhausbauten begonnen sind. Dringend notwendig sind 24 Kirchen, 58 Schulen und 47 Pfarrhäuser. Von den Gesamtneinnahmen des letzten Jahres von 653212 M. haben die Frauenvereine allein über 100000 M. beigetragen. Die Schuldenlast der Gustav-Adolf-Gemeinden beläuft sich noch immer auf über 3 Mill. M.

Im Anschluß an den Jahresberichttheilt Hosprediger Rogge mit, daß ein in Potsdam verstorberner Rentier Giebe dem Gustav-Adolf-Verein in seinem Testamente ein Legat von 30000 M. hinterlassen habe. Da in dem Testamente der Gustav-Adolf-Verein schlechthin ohne nähere Bezeichnung als Erbe angeführt ist, so überweist der Geschäftsführende Vorstand des pottdamer Zweigvereins diese Angelegenheit

mehlung der englischen Gesandtschaft aufgesetztes Schreiben an den Vicekönig gerichtet, in welchem er die Aufrichtigkeit seiner Freundschaft und die Aufrichtigkeit seiner Absichten beteuert. Der General Roberts habe den Auftrag erhalten, den Emir aufzufordern, einen Beweis von der Aufrichtigkeit seiner Gesinnungen dadurch zu geben, daß er eine Deputation von Vertrauenspersonen absende und dieselben mit Vollmacht zur Beratung der Angelegenheiten mit dem General Roberts verfehe.

* Petersburg, 13. Sept. Der Minister des Innern, Makow, hat mit Genehmigung des Kaisers Petersburg zeitweilig verlassen und die Führung der Geschäfte seinem Gehülfen, Senator Martinow, übertragen. — Der dem Golos am 23. Febr. entzogene Strafenverlauf ist demselben nunmehr wieder gestattet.

* Konstantinopel, 14. Sept. An Aidos in Ostromeli haben zwischen den zurückkehrenden mohammedanischen Flüchtlingen und der bulgarischen Bevölkerung blutige Conflicte stattgefunden. Bei dem Einschreiten der ostromelischen Gendarmerie wurden zahlreiche mohammedanische Flüchtlinge getötet und verwundet; auch die Gendarmerie hatte mehrere Tote.

* Neugyork, 12. Sept. Der Dampfer France von der National-Dampfschiffssociété (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

* Freiberg i. S., 14. Sept. Der Professor an der hiesigen Bergakademie Berggrath Bernhard v. Cotta ist heute, fast 71 Jahre alt, gestorben.

Leipzig, 15. September.

So arm an wichtigen politischen Ereignissen die früheren Wochen waren, so reich daran ist diese leicht verschossene. Wenn wir uns dort heimlich in Verlegenheit befanden, womit wir unsere Wochenschau füllen sollten, so werden wir diesmal Noth haben, auch nur das Wichtigste in einigermaßen ausreichender Weise zu besprechen, ohne allzu ausführlich zu werden.

Beginnen wir mit dem Auslande, so sind es zunächst die neuerdings wieder der englischen Regierung geschaffenen ernsten Verlegenheiten in Afghanistan — neben dem noch immer fortwährenden Kriege in Sibarista — welche, wennschon sie die deutschen Interessen direct nicht berühren, doch auch unsere lebhafteste Aufmerksamkeit auf sich lenken. Dies um so mehr, als möglicherweise dieser neue Misserfolg der auswärtigen Politik des Toryministeriums eine innere Krise in England nach sich ziehen könnte, deren Folgen dann unter Umständen auch auf solchen Gebieten fühlbar werden möchten, die unserer Interessensphäre näher liegen.

Frankreich sah wieder eine neue Abtheilung der begnadeten Mitglieder der Commune von 1871 in seinen Schos zurückkehren, und gleichzeitig trocken die radicalen Wähler von Bordeaux noch einmal der Autorität des Gesetzes und derjenigen der verfassungsmäßigen Volksvertretung, indem sie den gesetzlich unwählbaren Blanqui zum zweiten mal zu wählen sich anschließen. Erfreulicherweise zeigt sich in der republikanischen Presse aller Schattirungen, die ultraradikale natürlich ausgenommen, keine Meinungsverschiedenheit und kein Schwanken in Betreff der Frage, was zu thun sei, wenn Blanqui wiederum gewählt werde.

dem Centralvorstande als Vertreter des Gesamtvereins zur weiteren Veranlassung.

Pastor Lambs aus Straßburg überbrachte Gruß, Dank und Bitte aus dem Elsaß. Die von echt deutscher Gesinnung getragene Rede wurde seitens der Versammlung und des Präsidenten dankbar aufgenommen.

Im Namen der belgisch-evangelischen Nationalkirche erscheint Dr. Herbst, „wenig gebend, viel dankend und viel bittend“. Er berichtet von einigen Proben römischer Intoleranz bei Beerdigungen evangelischer Glaubensgenossen. Pastor Meyhofer spricht für die belgisch-kristliche Missionsgesellschaft, die über 25 Stationen versorgt, Hofrat Kreysing für Siebenbürgen.

Von 2—4 Uhr waren die Abgeordneten und Gäste mit den magdeburger Mitgliedern der Versammlung zu einem Festmahl in den Sälen der Loge versammelt. Den ersten Toast auf den Kaiser und König als Protector des Vereins brachte der Vorsitzende Professor Dr. Friske aus, indem er auf denselben das Wort vom Denkmal Otto's des Großen anwandte: „Rex deus ecclesiae, summus honor patriae.“ Die Versammlung beschloß, dem Kaiser einen telegraphischen Gruß ehrfürchtigst zu übersenden. Auf dieses alsbald abgesandte Telegramm ging folgende telegraphische Antwort ein:

An den Präsidenten des Gustav-Adolf-Vereins Professor Friske.

Ich danke Ihnen und den Versammelten für den patriotischen Gruß, den ich soeben erhalten, und wünsche, daß der Verein in seiner Thätigkeit zur Ehre Gottes durch dessen Segen beschützt bleiben möge.

Wilhelm.

„Und wenn er noch zehnmal gewählt würde, müßte die Kammer noch zehnmal diese Wahl annulieren“ — in diesem Ausspruch treffen die République française, das Journal des Débats und andere Organe der großen republikanischen Mehrheit zusammen.

Diese Festigkeit und Besonnenheit, die sich in der republikanischen Partei gegenüber den Ausschreitungen nach links hin zeigt, ist um so erfreulicher, als anscheinend die monarchischen Parteien und die hinter ihnen stehenden Ultramontanen (leßtere aufs höchste gereizt durch die Ferry'schen Unterrichtsgesetze, deren Durchgehen auch im Senat immer wahrscheinlicher wird) wiederum alles ausspielen, um die Republik zu unterwerfen und alle schlechten Leidenschaften — nach außen und im Innern — gegen sie in Bewegung zu setzen.

Auf solche Intrigen der französischen Monarchen ist es wol auch zurückzuführen, wenn eben jetzt von mehreren Seiten her der chauvinistische Gedanke eines französisch-russischen Bündnisses gegen Deutschland durch allerhand Ausschreitungen theils über eine heftige Feindseligkeit russischer Staatsmänner gegen deutsche, theils über gewisse demonstrative Acte der Courtoisie russischer Diplomaten gegen Frankreich in den Vordergrund gerückt und genährt wird. Sowol die „Entthüllungen“ des Hrn. Daudet im Figaro über die angebliche Kriegslust Bismarck's gegen Frankreich 1875 und die Aufwärmung der Legende von einem russischen Heer gegen Frankreich nach Wien, die selbstverständlich nur auf den erklären Wunsch nicht blos des abtretenden und des neuen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie, Andrássy's und Haymerle's, sondern des Kaisers selbst stattfinden kann, ist nur die äußere Beurkundung der innern, in den wichtigsten Beziehungen zwischen beiden Reichen bestehenden Interessengleichheit, welche bei dieser abermaligen Zusammenkunft deutscher und österreichischer Staatsmänner eine neue Bestigung und Prüfung in Bezug auf eventuelles gemeinsames Vorgehen erhalten wird.

Die von dem bisherigen österreichischen Militärattaché in Rom, Obersten v. Haymerle, veröffentlichte Broschüre über das Verhältnis Italiens zu Österreich und zu dessen italienisch redenden Bevölkerungen hat natürlich in Italien großes Aufsehen erregt. Man glaubte darin eine von der österreichischen Regierung selbst angeregte Warnung an Italien zu erblicken. Da man ging weiter, man schrieb auch dem Fürsten Bismarck einen Anteil daran zu, informirte derselbe deren Inhalt im voraus gelaunt und geneillt habe. Die österreichische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, jeden Zusammenhang zwischen ihr und jener Broschüre formell in Abrede zu stellen. Das hindert aber nicht, anzunehmen, daß sowol die österreichische Regierung als auch der deutsche Reichskanzler eine entschiedene Frontstellung gegenüber den Agitationen der Italia irredenta im Interesse des europäischen Friedens und im gemeinsamen Interesse Österreichs und Deutschlands für angezeigt halten.

So viel über die neuesten Vorgänge auf dem Gebiete der allgemeinen Politik! Um diese unsre heutige Wochenschau nicht zu weit auszudehnen, verpassen wir die Besprechung der andern, auf dem Gebiete der inneren Politik liegenden, unter denen gleichfalls einige sehr wichtige, auf morgen.

bestens in jenen Gegenden, als eine ausschließliche Domäne des heiligen Russland betrachtet, nicht wohl anders als verstimmend gegen Deutschland wirken.

Das ist nun eben nicht zu ändern! Russland muß sich darein schicken lernen, daß Deutschland auch ihm gegenüber ebenso gut wie gegenüber allen andern Großmächten eine selbständige, nur von der Notwendigkeit der eigenen Sicherheit und von der aufrichtigen Neigung für Erhaltung des europäischen Friedens und des europäischen Gleichgewichts dictirte Politik verfolge, und Deutschland kann seinem großen Kanzler nur dankbar sein, wenn er, den man oft einer zu weitgehenden Nachgiebigkeit gegen russische Wünsche — fälschlicherweise! — beschuldigt hat, im entscheidenden Moment fest und deutlich die Grenze zieht, über welche hinaus er sich zu keinen Concessonen an die russische Politik bewegen läßt.

Um so enger und fester ist das Band, das uns mit Österreich-Ungarn verknüpft, neuerdings geschlossen worden. Die bevorstehende Reise des deutschen Reichskanzlers nach Wien, die selbstverständlich nur auf den erklären Wunsch nicht blos des abtretenden und des neuen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie, Andrássy's und Haymerle's, sondern des Kaisers selbst stattfinden kann, ist nur die äußere Beurkundung der innern, in den wichtigsten Beziehungen zwischen beiden Reichen bestehenden Interessengleichheit, welche bei dieser abermaligen Zusammenkunft deutscher und österreichischer Staatsmänner eine neue Bestigung und Prüfung in Bezug auf eventuelles gemeinsames Vorgehen erhalten wird.

Die von dem bisherigen österreichischen Militärattaché in Rom, Obersten v. Haymerle, veröffentlichte Broschüre über das Verhältnis Italiens zu Österreich und zu dessen italienisch redenden Bevölkerungen hat natürlich in Italien großes Aufsehen erregt. Man glaubte darin eine von der österreichischen Regierung selbst angeregte Warnung an Italien zu erblicken. Da man ging weiter, man schrieb auch dem Fürsten Bismarck einen Anteil daran zu, informirte derselbe deren Inhalt im voraus gelaunt und geneillt habe. Die österreichische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, jeden Zusammenhang zwischen ihr und jener Broschüre formell in Abrede zu stellen. Das hindert aber nicht, anzunehmen, daß sowohl die österreichische Regierung als auch der deutsche Reichskanzler eine entschiedene Frontstellung gegenüber den Agitationen der Italia irredenta im Interesse des europäischen Friedens und im gemeinsamen Interesse Österreichs und Deutschlands für angezeigt halten.

So viel über die neuesten Vorgänge auf dem Gebiete der allgemeinen Politik! Um diese unsre heutige Wochenschau nicht zu weit auszudehnen, verpassen wir die Besprechung der andern, auf dem Gebiete der inneren Politik liegenden, unter denen gleichfalls einige sehr wichtige, auf morgen.

Deutsches Reich.

In einer Berliner Correspondenz der Neuen Freien Presse lesen wir mit Bezug auf die neuesten (von ihr als authentisch betrachteten) Aussfälle Gortschalow's gegen Bismarck Folgendes:

Es tritt immer klarer hervor, daß alles dies nur Zeichen für die veränderte Stellung sind, welche Russland einnimmt

Um 4 Uhr brachten die Dampfschiffe die Gäste mit vielen magdeburger Familien nach dem Herrenkrug, wo ein von der Stadt veranstaltetes Fest im Freien stattfand, bei welchem mehrfache Reden und Ansprachen gehalten wurden.

Den Dank der Versammlung an die Stadt Magdeburg sprach der Centralvorstand in folgender in der Magdeburgischen Zeitung veröffentlichten Botschrift aus:

Noch haben wir nicht alles genossen, was die so überaus reiche Freundschaft der lieben Stadt Magdeburg uns zugeschenkt hat, denn noch wird uns der Extratag nach dem lieblichen Thale im Harz führen; allein es drängt uns schon jetzt, solange wir noch innerhalb der uns so thener gewordenen Stadt vereinigt sind, unsern innigsten Dank für die uns zuteil gewordene herzliche Aufnahme öffentlich auszusprechen. Schon darin, daß die Gustav-Adolf-Vereinsfahne an dem zweiten Herrn Bürgermeister, der so freundlich war, die Einladung unseres Vereins nach Magdeburg anzuregen, einen so warmen Freund hat, war uns eine Bürgschaft dafür, daß eine Versammlung unseres Vereins in Magdeburg einen wohl vorbereiteten Boden finden würde. Diese Erwartung hat uns nicht getäuscht. Unter seinem Vorsitz war ein Festkomitee zusammengetreten, in welchem mit den Gliedern der Behörden und der städtischen Vertretung, sowie mit Geistlichen der verschiedenen Gemeinden und Befürwortern Männer aus allen Ständen der Bürgerschaft zusammengekommen haben, wie es so ganz in dem einigen, wahrhaft christlich volkstümlichen Wesen unseres Vereins liegt. Dasselbe hat nicht nur mit größter Umsicht und vollster Hingabe vor dem Feste alles bedacht, was das Gelingen und den ungestörten Verlauf eines solchen Festes gewährleistet, sondern auch während der Feiertage selbst durch liebenswürdige persönliche Begleitung auf allen Wegen die Stadt Magdeburg den Feiergästen bald heimlich gemacht. Wir wissen es wohl zu schätzen und danken hiermit aufs innigste dafür, daß nicht nur einzelne liebe, treuliche

Bürgerhäuser sich uns geöffnet haben, welchen wir, heimgekehrt zu den Unferien, ein aufrichtig dankbares Andenken bewahren werden, sondern daß die Stadt als solche in so wohlbünder Weise die Wirthin gemacht hat, indem sie durch den Mund ihres Herrn Oberbürgermeisters uns so ehrenvoll willkommen hieß und in ihrem herzlichen Stadtpark zum Herrenkrug und ein so schönes Fest bereitete, durch welches im freiesten Austausche der Erfahrungen und im Anhören anziehender Berichte über Vereinsangelegenheiten unserer Welt in sonst ungewohnter, sehr dankenswerther Weise gefördert ward. Dass für den Gottesdienst Magdeburg mit seinen schönen Gotteshäusern, seinem Dom vor allem, eine Stätte bieten konnte, wie keine andere Stadt in der evangelischen Welt, das wußten wir wohl, aber nicht ebenso waren wir unterrichtet von den musterhaften Leistungen auf dem Gebiete des kirchlichen Kunstgewandes, die wir dem Redlingschen Vereine danken, wie wir auch im Dom durch die Weihe vorztrefflichen Gefanges hoch erhoben wurden. Die höchsten kirchlichen Behörden der Stadt, der Provinz, des preußischen Staates haben durch freundliche Begrüßung und Theilnahme an unserem Verhandlungen ihr Wohlwollen für unsern Verein befunden. Wir fühlen uns durch dieses alles für unsere Arbeit gestärkt, und eine besonders weitholde Gabe hat uns diesmal die Schule dargebracht in den heiligen Geräthen, welche Mädchen und Jünglinge aus den Schulanstalten dieser Stadt zu den ebenfalls nach innen und außen höchst wertvollen Gaben des in mustergebender Treue mit uns arbeitenden Frauenvereins legten. Magdeburg reiht sich in der Geschichte des Gustav-Adolf-Vereins hervorragend den andern sieben deutschen Städten an, welche den Gustav-Adolf-Verein gastlich in ihren Mauern aufgenommen haben. Möge er, indem er jetzt herzlich dankend von ihr Abschied nimmt, dies thun dürfen mit dem Bezeugen, ihr auch ein Gastgeschenk zurückgelassen zu haben, nämlich erhöhter Eifer für das gottgefällige Werk, welches wir an unserm armen zerstreuten Glaubensgenossen treiben, und soweit es an unserm kleinen Theile geschehen konnte, neue Belebung des evangelischen Sinnes in dieser Stadt, welche schon durch ihre große Geschichte eine Lücke ist auf

seit Deutsc
Hestereich
grob war
der Occup
iert und f
Clawel ge
unbehaglich
gewohnt h
Antrage G
zur Ausfü
Longress
einem viel
bene Allian
sieren, da
Experi-Be
mung des
es seine
Gegengewo
Götter zu
schalow vo
politisch ge
dass die S
Politik ste
die Bermi
Ziele ver
damals ge
Rostow.

Solang
auf die S
Der russi
des Friede
England a
timpel für
Fürst Wot
dien hinl
wissen und
gewittert s
juge will
zirkularb
Demuthig
die Slavo
und Deut
ein Plan,
nur je die
es gewese
einer Poli
praktisch z
Befreiung
politischen
dungs Für
den einen
Greis von
eindner zu
Dingen A
wischen si
gang sein
will er hi
— Ueber
zur Ausar
erfährt m
Die Br
recht, ob
den sogen
lich noch i
des Ebene
mit der P
Commission
sichlich in
Darauf w
Inzamme
stellung d
die Comm
und nach
rath zur
werben.
Entwurfs
mission, so

den Berg
Augen der
Magde
Der Cent

In d
tages v
frage zur
gende Sc
1) Di
beschädigu
controlierte
Legate für
Ausfuhr i
Vereine w
behauptete
des zufäll
Ausfuhrer
len. Die
ärzte gebr
an die W
tage ange
führen w
gefordert,
Syphilis b
gehalten i
obligatori
weber für
weitere S
Staats ob
Der
dass der
Aus

seit Deutschland im Verein mit England die Orientpolitik Österreichs unterstellt. Schon auf dem Kongress war Gortschakow über die unbedingte Unterstützung der Occupation Bosniens von deutscher Seite etwas frappiert und fühlte sich namentlich durch die in der Novibazar-Clause gegebene Aussicht auf deren Ausdehnung etwas unbedingt. Er wäre es noch mehr gewesen, wenn er gewußt hätte, daß in dem auf die Occupation bezüglichen Antrage Englands jenes englisch-österreichische Abkommen zur Ausführung kam, von dem man vor Eröffnung des Congresses so viel sprach, und das auch nach demselben in einem vielbesprochenen Tocot-Rákoci's als die „unge schriebene Allianz“ läufig erwähnt wurde. Wir können versichern, daß jenes Abkommen, welches das Pendant des Copen-Vertrages bildete, damals mit Wissen und Zustimmung des Fürsten Bismarck abgeschlossen wurde, und daß es seine Tendenz war, Österreich, als dem künftigen Gegengewicht gegen Russland, auf den Balkanhalbinsel die Kräfte zu bieten. Es ist begreiflich, daß gerade Gortschakow von dieser direct gegen die russische Ausbreitungspolitik gerichteten Action am wenigsten erbaut war, und daß die Spannung zwischen der deutschen und russischen Politik stetig zunahmen mußte, nachdem in diesem Frühjahr die Vermittelungskommission des bescheidenen und friedlicheren Ziels verfolgenden Grafen Schwatow sowie seine schon damals geplante Erzeugung durch den Fürsten Lobanow-Rostowski in London mislungen war.

Die Berliner Börne-Zeitung sagt:

Solang Fürst Gortschakow am Ruder ist, so lange ist auf die Sicherung einer friedlichen Politik nicht zu rechnen. Der russische Reichskanzler erstrebt die Wiederherstellung des Friedens von San-Stefano, er will Österreich und England aus dem Orient hinausdrängen, er will Konstantinopel für Russland erobern. Hinsichtlich Englands glaubt Fürst Gortschakow wahrscheinlich, daß seine Truppen in Indien hinlanglich Beschäftigung finden werden. Von Afghanistan und vom persischen Königreiche aus soll das Un gewittert sich über ganz Indien entladen. Mit einem Heerzug will Russland die Herrschaft über Asien und Europa zurückerobern, es will sich Genußnahme sichern für alle Demütigungen, die ihm angehören werden sind. Durch die slavo-romantische Allianz soll die Macht Österreichs und Deutschlands gleichzeitig gehrochen werden. Das ist ein Plan, so kolossal phantastisch, so zerstörungswillig, wie nur je die Plane des Communismus und des Nationalismus es gewesen sind. Man hält es kaum für möglich, daß es einer Politik mit solchen Zielen gestattet sein werde, sich praktisch zu behaupten. Man muss hoffen, daß gerade die Bekennnisse des Fürsten Gortschakow auch das Ende seiner politischen Laufbahn bezeichnen werden. Dann hätte allerdings Fürst Gortschakow durch sein Her vor treten dem Frieden einen wirklichen Dienst geleistet. Wir seien einen Kreis von 81 Jahren, der nur bemüht ist, die Völker durch einander zu trennen und einen ungeheuerlichen Krieg hervorzurufen. In dem Alter, wo der Mensch von den weltlichen Dingen Abschied nimmt, wo die Leidenschaften längst entwichen sind, denkt Fürst Gortschakow nur an die Befriedigung seiner Eitelkeit, und weil diese verlegt worden ist, will er die Welt ins Unglück stürzen.

— Über den Stand der Arbeiten der Commission zur Ausarbeitung des Deutschen Civilgesetzbuches erfährt man Folgendes:

Die Vollendung der fünf Theile über das Sachenrecht, Obligationenrecht, Familienrecht, Erbrecht und über den sogenannten allgemeinen Theil wird höchst wahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahres erfolgen. Der Entwurf des Erbrechts liegt jetzt vollständig vor. Ab dann wird mit der Prüfung und Feststellung der Entwürfe seitens der Commission vorgegangen werden, welche Arbeit voraussichtlich mit Ablauf des Jahres 1882 beendet sein wird. Darauf wird die Bestellung eines Hauptreferenten für die Zusammenfassung des ganzen Werkes erfolgen. Nach Fertigstellung dieses Gesamtentwurfs in erster Lesung durch die Commission wird derselbe den Regierungen mitgetheilt und nach den dann erfolgenden zweiten Lesung dem Bundesrathe zur weiteren legislatorischen Behandlung übergeben werden. Inzwischen, d. h. noch vor der ersten Lesung des Entwurfs eines Deutschen Civilgesetzbuches durch die Commission, soll beabsichtigt werden die Revision und Ergänzung des Handels-

gesetzbuches die Ausarbeitung von Entwürfen zu dem dem lebendigen einzuverleibenden Versicherungsrecht, Verlegungsrecht und Recht der Binnenschifffahrt erfolgen. Diese Entwürfe sollen darauf durch Juristen und durch nichtjuristische Sachverständige gesetzlich berathen werden. Nach Beendigung dieser Beratung und Vollendung der ersten Lesung des Entwurfs des Civilgesetzbuches soll eine Commission zur Ausstellung des neuen Handelsgesetzbuches berufen werden. Diese Commission wird durch ihren Hauptreferenten den Entwurf fertig stellen lassen. Nach beendigter ersten Lesung wird auch hier die Mitteilung an die Regierungen erfolgen und nach geschlossener zweiter Lesung die Übergabe des Entwurfs an den Bundesrat zur weiteren legislatorischen Behandlung stattfinden.

Wie die Bossische Zeitung erfährt, liegt der für das Deutsche Civilgesetzbuch bestimmte Theilentwurf über das Erbrecht ganz fertig vor. Der Verfasser desselben ist der bairische Ministerialrath Dr. Schmidt, welchem der preußische Kreisgerichtsrath Neubauer in Berlin als Hofsarbeiter zugewiesen war.

Nach der vom kaiserlich Statistischen Amte bearbeiteten Statistik der Volkszahl der deutscher Staaten nach den Zählungen seit 1816 betrug in Preußen die jährliche Zunahme im Durchschnitt 1,05, in Sachsen sogar 1,15 Proc., in Bayern dagegen nur 0,55, in Württemberg 0,48, in Baden 0,66 und in Elsaß-Lothringen 0,29 Proc.

— Zur Frage der Budgetperiode bemerkt die National-Liberale Correspondenz mit Bezugnahme auf das von den Offiziellen angezogene Beispiel Bayerns und Württembergs: „Während die Abgeordneten amtierten in Bayern und Württemberg je einige 30, in Preußen circa 20 Plenarsitzungen auf die Etatsberatung verwenden, erledigt der Reichstag dieselbe Aufgabe in 9, sage neun Sitzungen! Und darin soll ein so unerträglicher Zustand liegen? Es wird doch wirklich nachgerade nötig, daß wir hierüber einige Aufklärung erhalten. Wie unsererseits würden meinen, daß die Arbeit von neun Plenarsitzungen nebst einer angemessenen Zahl von Commissionssitzungen kein so großes Opfer wäre, das weder den Abgeordneten noch der Regierung zugemutet werden dürfte. Man kann doch nicht erwarten, daß die pflichtmäßige Prüfung des Reichshaushaltsetats in zwei oder höchstens drei Sitzungen vollzogen werden könnte. Welchen praktischen Werth sollte denn auf solche Weise das Ausgabenbewilligungsrecht der Volksvertretung noch haben? Der Reichstag hat während einer Reihe von Jahren durch Abstriche an den Regierungsforderungen eine erhebliche Erleichterung der Last der Matricularbeiträge erzielt; aber es ist das oft erst das Resultat eingehender parlamentarischer Kämpfe gewesen. Nichtdestoweniger geben wir zu, daß auch im Reichstage der Umfang der Budgetberatung einer Einschränkung noch fähig wäre. Aber auf das wohlbekannte Mittel dazu scheint die Regierung nachgerade verzichtet zu haben. Dies Mittel liegt in der gesetzlichen Regelung der Normen, welche für die Ausstellung, beziehungsweise Einrichtung des Etats und für die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben überhaupt maßgebend sind, kurz, in einer Codification des Etatsrechts. Beispielen wir ein solches Gesetz, so würden aus unsern Budgetdebatten zahlreiche Controversen, welche jetzt alljährlich die Berathungen namentlich der Budgetcommission über alles Maß hinausziehen, mit einem Schlag entfernt sein. Die Schuld daran, daß dies Gesetz bis jetzt nicht zu Stande gekommen ist, fällt, zum größten Theil wenigstens, auf die Regierung.“

den Bergen evangelischen Glaubens und Bekennens vor den Augen der ganzen Welt.

Magdeburg, 11. Sept. 1879.

Der Centralvorstand des evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung.

Bom Deutschen Aerztetage zu Eisenach.

In der Sitzung des siebten Deutschen Aerztetages vom 13. Sept. stand an erster Stelle die Impffrage zur Verhandlung. Die Versammlung nahm folgende Sätze an:

1) Die bisher vorgekommenen Fälle von Gesundheitsbeschädigungen durch die Impfung sind theils nicht mehr kontrollierbar, theils durch amtliche Untersuchung richtig gestellt. Letztere sind, soweit möglich, zu sammeln und durch den Ausschuss des Aerztvereinsbundes zu veröffentlichen. 2) Die Vereine werden aufgefordert, eine fortwährende Kontrolle über behauptete Impfschädigungen auszuüben, womöglich mit Hilfe des zuständigen Medicinalbeamten, und deren Resultat dem Ausschuss des Aerztvereinsbundes möglichst bald mitzuteilen. Die Vereine mögen darauf hinweisen, daß die Impfarzte gebrauchte Verhaltensmaßregeln in den Impfterminen an die Mütter vertheilen. 3) Die auf dem nächsten Aerztetag angeregte Anzeigepflicht über syphilitische Kinder einzuführen wird nicht empfohlen. Die Vereine werden aufgefordert, dahin zu wirken, daß Kinder mit angeborener Syphilis thunlichst von den öffentlichen Impfterminen fern gehalten werden. 4) Der Aerzttag hält die allgemeine obligatorische Einführung der animalen Impfung zur Zeit weder für nötig noch für ausführbar, beschränkt aber die weitere Ausbildung dieser Impfmethode womöglich von Staat oder Verein wegen.

Der Aerzttag verlängerte die Dauer des Mandats der Impfcommission auf die nächsten zwei Jahre.

Aus den Verhandlungen sei Folgendes angeführt:

Die National-Liberale Correspondenz erinnert daran, daß die Regierung 1874 den Entwurf eines solchen Gesetzes vorlegte, der aber von der Commission des Reichstages wesentlich umgearbeitet ward. Derselbe kam im Plenum nicht mehr zur Beratung. Seitdem ist die Regierung darauf nicht zurückgekommen.

— Auf der 26. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, welche in den jüngsten Tagen unter zahlreicher Beteiligung in Lachen stattfand (auch mehrere hervorragende Mitglieder der Centrumssfraction des Reichstages und des Abgeordnetenhauses wohnten derselben bei) wurde folgendes apostolische Breve verlesen:

Leo XIII.

Den geliebten Söhnen Heil und den apostolischen Segen!

Je größer die durch die früheren Versammlungen erreungenen Vortheile durch unsere heilige Religion gewesen sind, um so angenehmer hat uns die Nachricht berichtet von der neuen, der 26. Generalversammlung, die dort in Lachen stattfinden soll. Wir freuen uns, daß diejenigen, welche die Aufgabe erhalten hatten, die Vorbereitungen zur Versammlung zu treffen, von da aus den Anfang ihrer Versammlungen gemacht haben, von wo alle katholischen Versammlungen ihre Norm und ihre Kraft entlehnen müssen. Denn von diesem Stuhle Petri müssen, wie von ihrem Hause, alle Glieder des mystischen Leibes Christi ihre feste Regel und ihre Kraft schöpfen, auf daß sie alles, was sie zur Ehre Gottes ins Werk seien, zum Schutz und zur Biede der Kirche und zum Ruhm der Seelen mit Gerechtigkeit und Klugheit anordnen und zum erwünschten Ziele durchführen. Daher bitten und ersuchen wir für diese eure Versammlung den reichlichsten Beistand der himmlischen Erleuchtung und Gnade, auf daß sie nicht nur die schon begonnenen Arbeiten pflegen und forschern, sondern auch erkennen mögen, wenn etwas zu ändern, zu bestimmen oder hinzuzufügen ist, dann aber auch im Stande seien, die richtigen Maßregeln ins Werk zu setzen, um sich so die größten Verdienste um Religion und Vaterland zu erwerben. Mit diesem glücklichen Erfolge möge, so stehen wir, Gott eure Arbeiten segnen. Wir ertheilen euch, geliebte Söhne, und der ganzen Generationsversammlung als Unterpunkt dieses himmlischen Beistandes und als Zeichen unsers väterlichen Wohlwollens unsern apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom bei Sanct-Peter am 21. Aug. 1879, im zweiten Jahre unsers Pontificatus. Leo XIII.

Preußen. Die Magdeburgische Zeitung sagt in einem Artikel: „Die liberale Partei bei den Landtagswahlen:“

Die Landtagswahlen finden den Liberalismus besser vorbereitet als die letzten Reichstagswahlen. Zwar sind die zerstreuenden Einflüsse noch am Werk, welche man theils gegen ihn von oben her losgelassen hat, welche andertheils aus allgemeinen Geistesströmungen entspringen. Agrarische Tendenzen, Kunstdwangsgesetz und Bolländische haben noch nicht ausgeholt, an der Parteidreiecke zahlreicher braver Leute zu nagen. Aber Unzulänglichkeit über das Verhalten der Regierung spielt bei der inneren Schwächung des Liberalismus wenigstens keine Rolle mehr. Wir kennen noch immer in Hauptstädten deren Programm nicht, aber wir kennen zur Genüge ihre allgemeinen Tendenzen. Wir wissen, daß wir von andern nichts, alles nur von uns selbst zu erwarten haben — von der Kraft und Sicherheit, mit der wir unsre bekannte und vorwärts strebende Politik aufrecht halten, von der gelassenen Ausbauer und regen, unermüdlichen Thätigkeit, welche wir in der Bewegung für eine solche dem Vaterlande fruchtbare Politik entwickeln. Die liberale Partei, zurückgeworfen von einem steilen und sornigen, aber hoffnungsvollen Aufstieg, muß wieder von neuem arbeiten, um das oben wirkende Ziel auf einem weiteren, aber zuletzt sicher hinaufzuhenden Wege zu erreichen. Jenes Mitarbeiter an dem Ausbau des Reiches und dem Umbau des preußischen Staates, das von 1867–77 die besten Kräfte des praktischen Liberalismus abforbert, hat einem wesentlich andern Berufe, dem, das Erworbenen gegen Angriffe zu verteidigen, Platz machen müssen.

entweder auf Selbstläufung oder ist auf Täuschung des Publikums berechnet.

Schluss der Sitzung nachmittags 3 Uhr. Der bisherige Geschäftsausschuß wird wiedergewählt.

Aus Brüssel wird durch die Indépendance belge Mitteilung über eine Hochzeit gemacht, welche unter ganz absurden Umständen stattfand: „Das Paar, welches den Bund schloß, war schon 14 Jahre zuvor einmal getraut worden und zwar in einer spanischen Kirche. Klirrlich wollte sich der Gatte in eine belgische Lebensversicherung einlaufen zu Gunsten seiner Frau und erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß eine kirchliche Trauung in Spanien keine Gültigkeit habe in Belgien. Der Mann beeilte sich nun, eine legale Verbindung im Sinne der belgischen Gesetzgebung zu schließen, und lud seinen in Marseille lebenden Vater zu dieser zweiten Trauung ein. Von Marseille nach Brüssel ist eine weite Fahrt, und der Papa war kein Jungling mehr — er zählte 108 Jahre. Troy seines hohen Alters kam der brave Papa nach Brüssel, präsidierte an der Hochzeitstafel und lehrte vollkommen gelünk nach Marseille zurück, wo seine Gattin ihn in die Arme schloß. Er hat seit geheiratet, und als er 71 Jahre zählte, wurde ihm erst der Sohn geboren; er ist ein schöner stattlicher Greis, der all seine Fähigkeiten noch besitzt und sich nur darüber beklagt, daß ihm das Schreiben etwas schwer falle, weil seine Hand zittert.“

— Nach dem Scientific American hat ein Mr. Nowell eine neue Art von Linsen für Brillen geschaffen, welche zwei Brennpunkte enthalten und dadurch zwei getrennte Bilder hervorbringen. Der Erfinder behauptet, mit Hilfe dieser Linsen bessere Resultate zu erzielen und für alle Grade der Sehstörung nur fünf verschiedene Stärken zu brauchen.

Sie räth ein Zusammengehen beider liberaler Parteien „unter Achtung des Bestandes“, indem sie sagt:

Die Fortschrittspartei darf der national-liberalen Partei nicht Sitz entziehen wollen. Wo solche Versuche gemacht werden, wird der Krieg unvermeidlich sein. Müssen in solchen Wahlkreisen die National-Liberale um so sicher sich aneinander schließen; sie haben wahrlich keine Veranlassung, Zwiespalt in ihre Reihen durch einzelne abtrünnig gewordene Mitglieder tragen zu lassen.

Die Stellung des Centrums bei den Wahlen charakterisiert die „Tribüne“ so:

Augenscheinlich ist das Centrum seit neun Jahren noch nie so geschwächt an Vertrauen und Ansehen in eine Wahl eingetreten wie diesmal. Dass sein Verhalten zu den politischen Vorlagen des letzten Reichstages, namentlich was die Beihilfe zur Verbesserung notwendiger Lebensbedürfnisse betrifft, von einem großen Theil der katholischen Wähler offen genehmigt wird, ist bekannt. Noch weiter gehen die extremen Elemente der Partei, die sich infolge des Liebäugelns ihrer früheren Vertreter mit der Regierung einfach von der Partei losgesagt haben. Es bleiben der letzter also nur diejenigen Anhänger, welche mit der jetzigen Schulpolitik aus Gründen des eigenen Interesses einverstanden sind; die jahrelang fanatisierten Massen aber können bei dem fortgesetzten „Culturlamp“ selbstverständlich kaum noch Befriedigung an Vertretern finden, deren einziger Verdienst darin besteht, der Regierung zu Willen gewesen zu sein. Ob und wieweit es der Jugendfertigkeit und Sophistik einzelner Parteiführer gelingen wird, den sinkenden Einfluss aufzufrischen, wird das Ergebnis der Wahlen zeigen.

Die National-Zeitung bemerkt mit Bezug auf die preußischen Wahlen im allgemeinen: „Wir wollen, ohne uns übertriebenem Optimismus hinzugeben, gestehen, dass die Wahlausichten, nach den uns zugehenden Berichten zu schließen, keineswegs mehr so ungünstig für die Liberalen stehen, wie man eine Zeit lang fürchten konnte. Der Parteiapparat, mit dem wir zuerst belämpft werden sollten, ist schon in Scherben gegangen, ehe er nur aufgestellt werden konnte, und die Versuche, die eigentliche Bedeutung des Wahlkampfes zu verschleiern, sind vollständig platzaufgegangen. Bei diesem Sachstand dürfen unsere Freunde mit erhöhtem Vertrauen den Wahlen entgegengehen, soweit das Vertrauen die Thatkraft erhält und ansporn. Gelingt es, die Position diesmal zu halten, so werden uns noch einige schwere Jahre bevorstehen, aber das Schlimmste ist dann überstanden.“

Aus Hannover vom 12. Sept. wird der Magdeburgischen Zeitung geschrieben: „Sind auch die Verhältnisse für die national-liberale Partei weniger günstig als vor drei Jahren, so unterliegt es doch kaum einem Zweifel, dass sie auch diesmal mit gleicher oder fast gleicher Stärke aus dem Wahlkampf hervorgehen wird. Von den mehr als 30 Sitzen, über die sie in der letzten Session, soweit die Provinz Hannover in Betracht kommt, verfügte, wird sie, wenn die Wähler sonst ihre Schuldigkeit thun, kaum einen verlieren.“

Die National-Liberale Correspondenz kommt gleichfalls auf den Erlass des Ministers v. Puttkamer an den westfälischen Alerus zurück. „Dr. v. Puttkamer“, sagt sie, „will allerdings den „unveräußerlichen“ Rechten des Staates nichts vergeben — was ihm um so leichter werden dürfte, als es sich eben um „unveräußerliche“ Rechte handelt —; aber in dieser Thatache liegt auch nicht entfernt eine Gewähr dafür, dass er nicht in der, dank dem Mangel eines Unterrichtsgesetzes, nur allzu sehr seinem discretionären Ermessen anheimgegebenen Verwaltung des Schulwesens eine Richtung einschlagen werde, welche im Vergleich mit dem Hallischen System in der That als Reaction bezeichnet werden müsste.“ Die „Germania“ selbst belehrt den Minister ja Tag für Tag, dass er fast alle ihre Wünsche auf dem Schulgebiete würde befriedigen können, ohne mit einem bestehenden Gesetze in Conflict zu gerathen. Und der protestantische „Reichsbote“, der Arm in Arm mit der „Germania“ den Schlachtruf „Nieder mit dem System Hall in Kirche und Schule!“ erhoben hat, scheint sogar überzeugt zu sein, dass diese Befriedigung mit der Zeit zur Wirklichkeit werden wird. Er ist ganz glücklich über den Erlass des Cultusministers und trifft die ultramontane Collegin mit der Vorstellung, dass sie doch selbst einsehen müsse, wie Dr. v. Puttkamer für den Augenblick nicht mehr habe thun können; das übrige werde schon nachkommen. Genug, die National-Liberale Correspondenz ist darüber nicht beruhigt, ob nicht Dr. v. Puttkamer einer minder freien Richtung in der staatlichen Behandlung der Angelegenheiten von Kirche und Schule huldigen werde, als Hall, wenn er auch in dem Punkte wegen der Rechte des Staates gegenüber der katholischen Kirche an dessen Grundsätzen festhalte.

An der Börse zu Berlin fand ein lebhaftes und frevelhaftes Börsenmanöver statt. „Ein Gericht von einem Attentat auf den Kaiser von Russland in Livadia hielt die steigende Bewegung schon in der ersten Viertelstunde auf“, so meldete der Börsenbericht vom 12. Sept. und fügte hinzu: „doch verlautete nichts Näheres.“ Dazu bemerkt die Neue Preußische Zeitung: „Das letztere war allerdings nicht möglich; denn an dem ganzen Gericht ist auch nicht ein Wort wahr; vielmehr hat man es hier lediglich mit einer leichtfertigen Erfindung zu thun, deren Zweck ans der

Wirkung, nämlich dem „Aufhalten der steigenden Bewegung“ in den Kurzen unschwer zu errathen ist.“

Baden. J Baden-Baden, 13. Sept. Ihre Maj. die Kaiserin Augusta hat nach ihrer Ankunft am 10. Sept. ihre gewohnte Curlebensweise hier wieder aufgenommen. Sie pflegt jeden Morgen von 8—9 Uhr in der Lichtenhaller Allee, von einer Hofdame und einem Cavalier begleitet, zu promeniren; Ihre Maj. wird bis in den October hier bleiben. Auch Se. Maj. der Kaiser trifft vor dem 30. Sept. hier ein. Die Zahl der Gurgäste hat bereits fast 30000 erreicht. Das Wetter ist prachtvoll. — Zur Versammlung der Naturforscher und Aerzte (vom 17. Sept. an) werden circa 2000 Theilnehmer erwartet. — Fürst Gortschakow bleibt noch hier; er besucht öfters den Gartengarten, gewöhnlich von einem Herrn geführt, während er selbst eine Dame führt.

Österreich-Ungarn.

Die National-Zeitung schreibt:

Ein Berliner Telegramm der Wall-Wall Gazette wußte zu melden: „In Berliner diplomatischen Kreisen wird verfichtet, die Zustimmung der Pforte zu der österreichischen Befreiung von Novibazar sei das Ergebnis eines zwischen den zwei Mächten getroffenen geheimen Einvernehmens. Österreich garantierte dem Sultan den Besitz seiner europäischen Territorien in derselben Weise, wie die atlantischen Thülen seines Reiches von England (durch die Convention vom 4. Juni 1878) garantiert worden sind.“ Wie man uns aus Wien schreibt, besteht ein derartiges Abkommen zwischen Österreich und der Pforte nicht; es wird diesem Dementi hinzugesetzt, die Belebung einiger militärischer Punkte im Sandthal Novibazar hätte für Österreich-Ungarn nicht den Wert, um als Gegenleistung für die Einräumung eines solchen Befreiungsrechts die Garantie des europäischen Bestandes der Pforte zu übernehmen.

Italien.

Die Opinione will wissen, die Broschüre über Italien sei nicht blos mit Vorwissen und Genehmigung der österreichisch-ungarischen Regierung, sondern auch mit Vorwissen und unter Billigung des deutschen Reichskanzlers erschienen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung behandelt diese ganze Darstellung der Opinione als eine bloße Ente, als eine Ausgeburt der Saurekurzeit.

Frankreich.

* Paris, 12. Sept. Die von der Morning Post veröffentlichte Nachricht von der Dimission des Botschafters von Österreich-Ungarn, des Grafen Venet, der angeblich nach Paris nur zurückkehren solle, um sein Abberufungsschreiben zu übergeben, wird hier als eine ganz unwahrscheinliche betrachtet.

Man sucht die öffentliche Meinung betreffs der für den 21. Sept. von den Republikanern und für den 29. Sept. von den Legitimisten projectirten Bantete aufzurufen. Diese Kundgebungen, von welcher Seite sie immer kommen, können vollständig frei geschehen unter der Bedingung, dass sie sich in den Grenzen des Gesetzes bewegen. Die Verwaltung hat sich um Versammlungen von privatem Charakter nicht zu kümmern und ihre einzige Sorge wird und muss sein, der Gelegenheit auf allen Punkten und bei allen Gelegenheiten Achtung zu verschaffen.

Dr. de Freycinet beschäftigt sich jetzt sehr angewenentlich damit, die Frage der Simplonbahn einer Entscheidung entgegenzuführen. Der Einfluss von Hrn. Gambetta, der in freundlichsten Beziehungen mit Hrn. Cairoli, dem italienischen Consulpräsidenten, steht, ist geeignet, in diesen Angelegenheiten die vorliegenden Schwierigkeiten zu planmachen.

Die Session der Generalräthe (die jetzt beendet ist, mit Ausnahme von Corsica und Algerien) ist die letzte grosse Session, welche diese departmentalen Versammlungen in ihrer jetzigen Zusammensetzung halten werden. Die Generalräthe sind zur Hälfte alle drei Jahre zu erneuern; die erste Erneuerung fand im Jahre 1874, die zweite im Jahre 1877 statt; die dritte muss im Jahre 1880 gemacht werden.

Das dritte Schiff mit Amnestierten, die Lendre, lief heute in Port-Boures ein. Dieses Schiff hätte noch vor der Picardie ankommen sollen, aber es war auf dem Punkt, bei Port-Saïd auf den Grund zu gehen, und man war um sein Schicksal besorgt.

Die Agence Havas theilt (ohne nähere Quellenangabe) den Journalen ein Berliner Telegramm mit, wonach petroßburger Depeschen zufolge die Angabe des Soleil-Correspondenten, Fürst Gortschakow habe von der „Feindschaft, womit der Fürst Bismarck ihn befreit, gesprochen, ungenau wäre“; man glaube, der Fürst habe nur aufs neue die von ihm bei verschiedenen Gelegenheiten ausdrücklich Idee betont, wie er es als überaus wünschenswert erachtet, dass Frankreich wieder in Europa die ihm gehörende Position einnehme. Zu diesem angeblichen Berliner Telegramm bemerkt nun der Chefredakteur des Soleil, Dr. Eduard Hervé:

Man sieht, dass diese Depesche, weit entfernt, die von uns veröffentlichte Unterhaltung zu demontieren, dieselbe in allen wichtigen Punkten bestätigt; sie erkennt nicht allein die Authentizität der Erklärung an betreffs der Notwendigkeit, im Interesse Europas ein starkes Frankreich zu haben, sie

bestätigt auch, dass diese Erklärung mit früheren Ausschreibungen des Fürsten Gortschakow übereinstimmt. Daraus folgt, dass einer wohlüberdachten und consequenten Politik war. Nur will die Depesche nicht zugeben, dass der Fürst-Reichskanzler von Russland von der Feindschaft habe sprechen können, mit der ihn der Fürst Bismarck „bedroht“. Die Depesche lässt die ganze Unterhaltung zu, vorausgesetzt, dass man das Wort „bedroht“ opfert. Wir opfern das Wort, wir lieben es zurück, wir löschen es aus. In dieser Beziehung ganz nach Belieben! Unser Mitarbeiter, der noch abweidend ist, hat möglicherweise ein Wort falsch gehört und würde bei seinem politischen Tafel sicherlich keinen Anstand nehmen, dasselbe zurückzuziehen, und da es gegen das einzige Wort gerichtet Dementi die Bestätigung der ganzen übrigen Unterhaltung ist, so sieht es uns wahrlich nicht an, dasselbe nicht zu akzeptieren. Also Unterdrückung, Streichung des Wortes, welches das Anzeichen einer persönlichen Feindseligkeit zwischen den beiden Kanzlern sein könnte, Aufrechterhaltung und Bestätigung alles dessen, was der Ausdruck eines politischen Zwiespaltes zwischen den beiden Kanzlern war! Das ist es, was von der Berliner Depesche bleibt und was von dem ganzen Zwischenfall bleiben muss. Hinrichlich der Persönlichkeit des Redakteurs des Soleil, den Fürst Gortschakow widerdigte, so wichtige politische Erklärungen von ihm zu erhalten, wird bemerkt, dass Dr. Louis Péramont einer bedeutenden orleanistischen Familie angehört und unter dem Herzog Decazes Cabinetsattaché im Ministerium des Auswärtigen war. Daraus erklärt sich auch, dass der Herzog Decazes den Redakteur des Soleil durch einen äußerst warmen Empfehlungsschreiben beim Fürsten Gortschakow eingeführt hat.

Das Journal des Débats äuert über das Verhältnis Deutschlands zu Russland:

Man weiß, dass, als Dr. v. Bismarck infolge der grossen Kriege Deutschlands die Idee sah, die Eintracht der drei Kaiser zu Pivot seiner auswärtigen Politik und zum Vertritt dieser Eintracht die Erhaltung des europäischen Friedens war. Die Skeptiker allein gestatteten sich zu zweifeln, ob ein solches Programm leicht zu verwirklichen sei; sie wiesen darauf hin, dass man vor die Souveräne einander nähern, aber niemals die entgegengesetzten Interessen der Völker miteinander versöhnen könne; dass die Intimität des Kaisers von Österreich und des Zaren eine aufrichtige sei, aber nichts schwieriger sein könne als ein Bündnis zwischen Russland und Österreich; dass Deutschland also gewungen sei, in der früher oder später zwischen seinen beiden Verbündeten zu wählen und den einen derselben dem Ehrgeiz des andern preiszugeben. Auf diese Einwendungen erwiderte Dr. v. Bismarck mit einer unerschütterlichen Sicherheit, dass man die überlegene Kraft des Drei-Kaiser-Bundes schleunigkeitsweise, dass die Combination stärker sein werde als die Natur der Dinge, dass sie alle Schwierigkeiten zwischen Österreich und Russland belegen werde. Deutschland ist der Freund seines Freundes, sagte er, es macht sich doch zur Aufgabe, jeden Gegenstand der Discussion zwischen jedem der beiden andern Reiche anzutrengen, und was Deutschland selbst betrifft, so wird es mit beiden Häuden alles unterzeichnen, worüber seine Verbündeten sich verständigen. Wo war diese Verständigung zwischen Österreich und Russland während des Orientkrieges? Der Drei-Kaiser-Bund für die Erhaltung des Friedens hatte zum ersten Resultat, dass er Russland gestattete, einen sogenannten Krieg zu unternehmen und zum guten Ende zu führen, in welchem es dem Osmanischen Reich einen entscheidenden Stoß beibrachte und dadurch Österreich in seinem Lebensinteresse verlegte. Während dieser Periode des Bündnisses war es Österreich, welches offen Russland geopfert wurde. Österreich hätte den Orientkrieg verhindern können, es hätte momentlich im Augenblick der ersten Niederlage der russischen Armeen ohne Schwerstreit, einen militärischen und diplomatischen Erfolg erreichen können, welcher vielleicht für immer seinen Einfluss dem Russland auf der Balkansbinsel subtilisiert und sein Prestige in Europa vollständig gehoben haben würde. Während der langen Monate der Belagerung von Plevna würde es für Österreich genügt haben, ein Observationscorps nach Transsilvanien zu schicken, um den Ereignissen ein anderes Aussehen zu geben, um das Osmanische Reich vor dem Ruin und sich selbst vor den grossen Gefahren zu bewahren, welche ihm von Seiten der Slaven drohen. Deutschland hat seinen Arm aufgehalten und seine Action paralytiert. Wenn Russland weniger vergeschickt wäre, würde es nie eines solchen Dienstes vergessen. Russland, in seinem massiven Ehegeiste gehemmt, hat vergessen, dass Deutschland es vor den gefährlichen Unglücksfällen behütet hat. Als die russische Arme vor den Toren von Konstantinopel angelangt war und der Vertrag von San-Stefano die Vernichtung der Türkei bestieg, hatte Deutschland endlich daran gedacht, dass, wenn es der Freund Russlands war, es nicht minder der Freund Österreichs wäre. Bei Beginn des Krieges hat Dr. v. Bismarck gesagt: „Es würde sehr gefährlich sein, wenn Österreich in den Conflict hineingezogen würde, und wenn es sich in seiner Integrität bedroht fühlen könnte. Es würde dann Deutschlands Aufgabe sein, für die Erhaltung Österreichs einzutreten und im allgemeinen für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Karte von Europa. Aber alles selbstverständlich unter der Bedingung, dass nicht unsere Gegner in Österreich am Ruder sind.“ Diese Bedingung wird erfüllt worden, Graf Andrássy hielt die Gewalt für Österreich. Dr. v. Bismarck glaubte sein Versprechen erfüllen zu müssen. Er hat Russland auf seinem Erobrungszuge aufgehoben und hat ihm Österreich an die Seite gestellt, um ihm als Gegengewicht zu dienen. Seit einem Jahre beharrt er in dieser neuen Politik; wir sehen eine zweite Periode des Drei-Kaiser-Bundes sich vollziehen, eine Periode, in welcher die Interessen Österreichs überwiegen und der Ehrgeiz Russlands geopfert wird. Ist es dann noch nötig, zu bemerken, dass der Feldzug der russischen Presse am Tage nachher begonnen hat, da die Ankündigung des Rücktritts des Grafen Andrássy, welcher übrigens sehr wohl ein Ausweg am unrechten Ort oder wenigstens ein provisorischer Ausweg sein könnte, das Signal zu einem neuen Schritt Österreichs auf der Balkansbinsel gegeben hat? Eine Reihe von Zwischenfällen derselben Art hat dazu beigetragen, die Lebhaftigkeit dieses Feldzuges zu erhöhen. Dr. v. Bismarck und Graf Andrássy haben sich in Gastein getroffen, der Fürst von Montenegro, ehemals

mals der nach Wien den Leitung blieben zu wiedergebrachten Journale bringt in Unterreden.

Das Wiederholen der öffentlichen zu reihen, gezeigt schließlich oder unrechtfertigten seine von ihm vorgenommenen Forderungen auf eine möglichste Gleichheit mehr als 10 oder 15. Senat Ansätze offener und leichter um eine Völkerung zu fördern, eine reichhaltige mehrere nicht unterschreiten.

Die Befreiung unter der erfüllt an Gesetzen sparsammonarchie Regierung liegt haben, und gefährliche Einrichtungen offen und Jungfreizeite die zu fordern unter das Reichsförderung aufzuführen hofflichen Vor der Republik werden, die haben nicht zu überlassen.

Der Diplomatische folgers der Es finde deutschen die Ansicht Kunst in der der deutschen einen Ein höchsten zusammenhängen welche das Wiederholung den artigen illgewissermaßen geordnete nach der an v. Mantua durch pers.

Der Es geht zu betrachten, dass ein so Augenblick von aussicht, für ihn will welche die ausbleiben. Staaten und Politik, sehr wahrscheinlich werden wird Friedeigung welche die muss, auch die leiste.

— Man „In den schen Presse Allgemeine verabredeten welcher an betriebe. sachen noch Momente Thatsachen tend der j Deutsche die freunde und ist der Schwa

— Das die Nachrichten für getroffenen russischer Grab ange

auslassungen ist folgt, daß der Ausdruck war. Nun Reichsauzug können, mit besche läßt man das wir ziehen abwesend ist. würde bei ab nehm, einzige Worte an, dasselbe reichung des feindl, Aufrichter Ausdruck a Kanzler welche bleibt aus. Hin- soleil, den litische Ge- , daß Dr. en Familie erklärte sich des Soleil im Fürsten

Journal des Débats und République française bringen in die Regierung, an dem Ferry'schen Unterrichtsgesetz seiner Wesenheit nach festzuhalten. Das Journal des Débats sagt:

Das Ministerium ist überzeugt, daß es hohe Zeit ist, den öffentlichen Unterricht aus den Händen der Clerikalen zu reißen, und schlägt die Mittel vor, die ihm am besten geeignet scheinen, um diese Zwick zu erreichen. Es hat recht oder unrecht. Wenn es aber, nachdem es erklärt hat, daß solches seine innige Überzeugung sei, darauf verzichtet, das von ihm vorgesezte Ziel zu verfolgen, würde es vor dem Lande eine schwere Verantwortlichkeit auf sich laden. Ist es möglich? Es hätte eine Auseinandersetzung herverufen, welche seit mehr denn einem halben Jahre dauert, und nun, weil 10 oder 15 Mitglieder der republikanischen Majorität im Senat Anstand nehmen, ihm zu folgen, weil ein paar andere offen als Gegner auftreten, ließe es das begonnene Werk leichtes Herzens im Stich, als handele es sich einfach um eine Verlängerung der Kaninchen oder um die Wiederbevölkerung der Flüsse! Wenn man den wichtigen Entschluß faßt, eine Reform vorzunehmen, wobei die Zukunft Frankreichs mehr als bei jeder andern beteiligt ist, darf man nicht unterwegs stehen bleiben.

Die République française ihrerseits schreibt:

Unter den Leuten, welche heute eine heuchlerische Begegnung an den Tag legen, wenn sie von dem Ferry'schen Gesetze sprechen, sind deren viele, die unter der Julimonarchie und unter dem Kaiserthum alle Anstrengungen gegen die Uebergriffe der Ultramontanen gebürgt haben. Und jetzt, wo die Clerikale Partei, welche dreister und gesäßlicher geworden ist als je, gegen die politischen Einrichtungen und sogar gegen die blutgerischen Gesetze sich öffnen und unverhohlen auflehnt, sollte man ihr eine Handlungsfreiheit gestatten, die sie zu keiner Zeit gelassen hat, die zu fordern sie unter den früheren Regimes sich niemals unterstanden hätte? Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Reactionäre aller Kategorien, die Monarchisten aller Färbung nur zu ihrem eigenen Vortheil diesen Feldzug zu führen hoffen. Aber selbst bei der (Übrigens unwahrscheinlichen) Voraussetzung eines Erfolges würden die Gegner der Republik nur zu Sklaven und nicht zu Herren derer werden, die sie für sich zu gebrauchen denken. Die Jesuiten haben nicht die Gewohnheit, sondern die Freiheit ihrer Siege zu überlassen.

Russland.

Der Petersburger Herold beschuldigt die deutsche Diplomatie des Versuchs, sich in die Wahl des Nachfolgers des Fürsten Gortschakow einzumischen. Es finde sich, sagt der Herold, nicht sowohl in der deutschen wie in der königlichen fremdländischen Presse, die Ansicht vertreten, daß die Monarchenzusammenkunft in irgendwelcher Weise mit gewissen innerhalb der deutschen Reichsregierung thätigen Bestrebungen, einen Einfluß auf „gewisse Personalfragen“ in den höchsten russischen amtlichen Kreisen zu gewinnen, zusammenhänge. Darüber existierten zwei Ansichten, über welche das Blatt Folgendes zu berichten weiß:

Während nach der einen Ansicht die Monarchenzusammenkunft den Zweck und die Wirkung gehabt haben sollte, derartigen illoyalen Versuchen ein Ende zu machen und sie gewissermaßen als Versuche, die niemals über eine untergeordnete Sphäre hinausgelangt wären, hinzufüllen, hätte nach der andern wenigstens die Sendung des Feldmarschalls v. Mantuuski vielmehr den Zweck gehabt, jene Bestrebungen durch persönliche Einflüsterungen zu unterstützen.

Der Herold fügt fort:

Es gehört einem falschen und bereits als überwunden zu betrachtenden politischen Vorstellungskreise an, zu glauben, daß ein solcher Einfluß, selbst wenn er wirklich für den Augenblick verwirklicht würde, für denjenigen Staat, der ihn ausübt, selber heilsam sein und eine Quelle der Macht für ihn bilden würde, von dem folgen gar nicht zu reden, welche die Zurückweisung eines solchen Versuches, die nicht ausbleiben könnte, zu Ungunsten des den Verbündeten Staates unausweichlich mit sich führen müßte. Eine solche Politik, selbst ihr momentanes Erscheinen vorausgesetzt, wäre wahrlich keine, deren sich das Deutsche Reich zu erfreuen haben würde; sie würde weiter nichts sein, als die Befriedigung eines persönlichen Rivalen, welcher mit den Zielen, welche die Politik eines großen und mächtigen Staates haben muß, auch nicht die entfernteste Verwandtschaft, auch nicht die leiseste Verhübung hat.

Man schreibt dem Deutschen Montags-Blatt: „In den letzten Tagen wird in der gesamten deutschen Presse dank einer Correspondenz der angloamerikanischen Zeitung der russische Kriegsminister Generaladjutant Graf Miljutin als berüchtigt bezeichnet, welcher am eifrigsten antideutsche Politik an der Rewa betreibe. Diese Behauptung ist weder durch Thatsachen noch durch irgendwelche andere schwerwiegende Momente begründet. Wohl aber mangelt es nicht an Thatsachen, welche das Gegenteil beweisen. Während der jüngsten Entrevue zu Alexandrowo hat der Deutsche Kaiser gerade dem General Miljutin durch die freundlichsten Worte sein Wohlwollen ausgedrückt, und ist derselbe die höchste preußische Auszeichnung, der Schwarze Adlerorden, verliehen worden.“

Das Journal de Saint-Petersburg erklärt zwar die Nachricht, daß ein Kurier des Zaren mit Instruktionen für die serbische Regierung in Belgrad eingetroffen sei, für unrichtig; allein die Thatsachen, daß ein russischer Agent am 2. Sept. über Orsonva in Belgrad angelkommen, daß er längere Besprechungen mit

dem Kriegsminister und mit Ristic geplaudert, daß er die Intention kundgab, nach Russland zum Fürsten zu reisen — diese Thatsachen hält der wienet Correspondent der National-Zeitung aufrecht.

Donaufürstenthümer.

In der Turquie findet sich eine Notiz, wonach die in Aussicht genommene Zusammenkunft der Fürsten von Serbien und Bulgarien mit dem Project zusammenhinge, „die militärische Organisation Serbiens und Bulgariens auf dem gleichen Fuße einzurichten, damit im Kriegsfall die Truppen der beiden Fürstenthümer sich zu einer einzigen Armee vereinigen könnten.“

Wie der Pester Lloyd vermitteilt, haben die beiden Vertragsmächte durch ihre Botschafter in Konstantinopel mithilfe lassen, daß sie in die Absehung Aleko-Pascha's vom Posten des Generalgouverneurs von Ostrumeliens nicht einwilligen können, da ein Personenwechsel die Gefahren erst recht heraufbeschwören würde, denen durch denselben begegnet werden soll.

Von den Zuständen Ostrumeliens entwirft die Presse folgendes nicht eben erfreuliche Bild:

Aleko-Pascha sieht sich nur schwer in seine allerdings eben nicht sehr bequeme Rolle zu finden. Stets im Gebrüge zwischen den weitgehenden, ja geradezu revolutionären Forderungen der bulgarischen Nationalpartei Ostrumeliens und zwischen seinen Pflichten, die er als erster Beamter des Sultans im Lande seinem Souverän schuldet, steht er allen Seiten an. Wäre seine Stellung nicht durch Europa garantiert, so wäre er wol schon längst wieder an das Goldene Horn zurückberufen worden. Und würde die Europäische Commission nicht wiederholt seinen Unmuth bestimmt haben, so hätte er selbst die Dimission gegeben und sich der unbahbaren Aufgabe entzogen, bei welcher er es weder den maßgebenden Persönlichkeiten aus der Hohen Pforte, noch seinen Mitbürgern in Ostrumeliens selbst irgendwie recht machen kann. Die Differenzen wegen der Zollstädte und Garnisonen am Balkan, die seit Wochen so viel Staub aufgewirbelt haben, ließen sich wol noch in einer offensichtlich befriedigenden Weise lösen, aber kaum abzuheben ist, wie er, nachdem er mit der Pforte sich entsprechend auseinandergegesehen, auch mit den revolutionären Bestrebungen der nationalen Opposition ohne Hilfe türkischer Truppen fertig werden soll, oder wie er sich, wenn er gezwungen ist, die Hilfe der türkischen Bataillone anzurufen, wieder der Nationalpartei gegenüber als nationales Oberhaupt und Repräsentant der Autonomie Ostrumeliens wird behaupten können. Während nördlich des Balkan der Unionsgedanke mehr und mehr in den Hintergrund tritt und die Minister des Fürsten jede Kundgebung in dieser Richtung, welche das Misstrauen Europas erregen könnte, hinzunehmen verstehen, sind die Unionisten in Ostrumeliens um so thätiger in der Vorbereitung eines eventuellen Aufstandes, durch welchen gegen den Berliner Vertrag und gegen die türkische Herrschaft und für die Vereinigung mit dem Fürstenthume ein handgreiflicher und thatkräftiger Protest erhoben werden soll. Die revolutionäre Organisation, welche Ostrumeliens noch während der türkischen Besetzung und unter den Augen der russischen Generale erhalten hat, besteht fort. Die Nationalisten, mit der Aleko-Pascha die Ruhe im Lande aufrecht erhalten soll, ist in hohem Grade unzuverlässig, und würde höchstens gegen etwaige Putschversuche der noch mohammedanischen Landstriche, schwerlich aber gegen die „bulgarischen Brüder“ sprachliche Dienste leisten. Die waffenfähige junge Mannschaft des Landes ist in den Turnvereinen militärisch organisiert und eingetragen, und befindet sich noch im Besitz der Waffen, welche die russischen Commandanten schon eine erkleidliche Zeit vor ihrem Rückzuge haben vertheilen lassen. Eine Art geheimer Nebenregierung sorgt dafür, daß diese Bataillone der künftigen Nationalarmee das Bulgarien südlich vom Balkan in Athem erhalten werden. Alle bisherigen Versuche, diese revolutionäre Agitation zu durchbrechen und die Ablieferung der Waffen in Regierungsdepots zu veranlassen, sind fruchtlos geblieben. Landesfundige Leute flüchten, daß es nur eines geringen Aufstosses bedürfe, um die dumpe Gärung irgendwo zu einem offenen Ausbruch zu bringen, und damit eine Erhebung zu entfesseln, welche Aleko-Pascha bei seiner von Tag zu Tag mehr schwindenden Autorität und bei der geringen Zahl der ihm zu Gebote stehenden verlässlichen Streitkräfte zu beschwören nicht mehr in der Lage wäre. Die internationale Commission hat in Anbetracht dieser Sachlage sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß der im Berliner Vertrag und im Statut für Ostrumeliens vorgesehene Moment eintreten könnte, in welchem die Aufforderung an die Türkei gerichtet werden muß, mit ihren Truppen wieder die Ordnung im Lande herzustellen. Die Pforte hat auch in Anbetracht, daß diese Eventualität in einer nicht fernen Zukunft an sie herantrete, bereit ziemlich starke Truppencorps in den Weiten in Ostrumeliens dislocirt, daß diese auf den ersten Wind vorrücken könnten. Im großherzlichen Palast sehnt man natürlich den Augenblick herbei, in welchem man die Autorität des Souveräns in dem wegen seiner Ausnahmestellung verbotenen Gebiete geltend machen könnte. Es mag wol auch die Welsung nicht ganz unbegründet sein, daß türkische Agenten das Ihrige redlich dazu beitragen, die Gärung noch zu steigern und insbesondere Reibungen mit den Mohammedanern zu provozieren, um sobald als möglich einen Vorwand zum Einfreiren zu erlangen. Von Seiten der europäischen Mächte läßt man es in Ostrumeliens nicht an guten Ratschlägen fehlen, um extreme Schritte zu vermeiden und eine Provocation zu verhindern, die nur zu sehr geeignet wäre, eine zuhige und friedliche Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel zu föhren. Ob diese Ratschläge auf die Dauer Gehör finden werden, bleibt aber bei der immer wieder von neuem künstlich angefachten Erregung der Gemüther fraglich.

Königreich Sachsen.

Aus Dresden vom 13. Sept. schreibt der Dresdner Anzeiger:

Die Reise Sr. Maj. des Königs nach Plauen gab verschiedentlich Gelegenheit, dem aufgelaufenen Monarchen freudige Buhligung entgegenzubringen. Neben den Spalten der Behörden hatte sich auf demjenigen Bahnhof, wo der Königliche Zug kurz Aufenthalt zu nehmen hatte, ein zahlreiches Publikum eingefunden, welches bei Ankunft und Abfahrt Sr. Maj. freudig jubelte. Besonders bedeutend war der Aufmarsch des Publikums in Zwotzen und Reichenbach. Am lebhaften Ort verließ Sr. Maj. den Wagen und besichtigte die auf dem Platz mit ihren Fahnen und einer Kapelle aufgestellten Militärvereine, in leutseligster Weise bei dieser Gelegenheit mit den Führern sich unterhaltend. Großartig war der Empfang in Plauen. Kopf an Kopf dicht gedrängt stand das Publikum auf dem weiten Platz und entlang den nach der Stadt zu führenden Straßen. Eine Kapelle beglückte den einfahrenden Zug mit den Sachsenhymnen. Hierauf richtete Bürgermeister Kunze einige Worte der Begrüßung an Sr. Maj., die in herzlichster Weise Erwidern fanden, worauf unter dem Jubel der Umstehenden die Einfahrt in die festlich geschmückte und in der That glänzend illuminierte Stadt erfolgte. Noch lange nachdem Sr. Maj. sein Absteigequartier, den Gasthof zum Blauen Stern, erreicht, durchwogte in freudig erregter Stimmung zahlreiches Publikum die mit Lampen, Lichtern, bengalischen Flammen und selbst elektrischem Lichte glänzend erlebten Straßen. Der Zugang aus der Umgegend war so bedeutend, daß in seinem Gasthof Plauen mehr Quartier erlangt werden konnte und selbst die Warteräumlichkeiten der beiden Bahnhöfe von vielen zur Unterkunft aufgesucht werden mußten, allerdings nur für wenige Stunden, denn bereits der früheste Morgen führte die Garde, deren Zahl noch verstärkt wurde durch die mit den ersten Morgenstunden von allen Seiten Eintreffenden, welche ebenfalls zur Besichtigung des kriegerischen Schauspiels und der festgeschmückten Stadt nach Plauen kamen, nach dem Wanderselb. Ein herliches Weiter begünstigte an beiden Tagen die Manöver, die durch die Terrainverhältnisse besonders interessant wurden.

Sr. Maj. der König ist infolge einer Einladung Sr. Maj. des Kaisers von Österreich am 13. Sept. nach Wien abgereist, von wo er sich zur Teilnahme an den kaiserlichen Hofjagden nach Steiermark begeben wird.

Den Kaiser manövren in Elsaß-Lothringen (am 18. Sept.), an denen auch die in Metz und Straßburg garnisonirenden königlich sächsischen Truppen teilnehmen, wird zwar nicht (wie es erst hieß) Sr. Maj. der König, wohl aber Sr. Königl. Hoch. Prinz Georg von Sachsen als commandirter General des 12. Armeecorps und der Kriegsminister v. Fabrice bewohnen.

Mit dem 13. Sept. sind allenthalben die Herbstübungen des königlich sächsischen Armeecorps geschlossen worden.

In Dresden starb am 13. Sept. der vielverdiente Director der dortigen Landesblindanstalt, Dr. Reinhard, in einem Alter von 57 Jahren.

Der Volks-Zeitung schreibt man über den Verlauf der Wahlen in Sachsen: „Die conservative Partei ist in ihrer alten Stärke verblieben, während die National-Liberale und die Socialisten je zwei Sitze gewonnen haben und die Fortschrittspartei vier Sitze verloren hat. Die letztere ist daran selbst schuld, denn sie war vollkommen unthätig, und die Führer derselben haben die Hände in den Schoss gelegt. Bei gehöriger Agitation wäre die Fortschrittspartei in ihrer alten Stärke wieder erschienen. Dazu kommt, daß in Dresden, wo die Partei doch ziemlich stark ist, dieselbe kein täglich erscheinendes Blatt besitzt.“

Das Deutsche Montags-Blatt handelt in seiner „ungereimten Chronik“ von Döhm auch die Wahl zweier Socialisten in den sächsischen Landtag ab. Es heißt dort:

Die guten Sachsen! Sind wirklich sie's, die jetzt — o Schmach und Jammer — Gewählt Herrn Liebknecht zu Kleinparis in die Zweite sächsische Kammer? Sie waren wirklich wieder zu faul, die biedern „Ordnungsparteien“? Sie hatten wieder das große Maul zum Schimpfen nur und Schreien. Doch als es nun zum Stimmen kam, da trennten sie sich und thaten Wie stets und stimmten lobhaft für ihre zwei Candidaten. Und haben also höchst frivol die eigne Sache verraten. Und forderten so den Sieg und das Wohl der Sozialdemokraten. So ist's gescheh in jüngster Zeit, so wird's gescheh; es bleibt sich Wie's scheint, in alle Ewigkeit an Weisheit gleich mein Leipzig. Ihr brav sächsischen Brüder, glaubt, wir wünschen euch nichts Böses; Trauernd verhüllt wir unser Haupt und rufen: „Aberherzlos!“

Die Beschämung wegen dieser Wahl müssen wir Sachsen uns ja freilich gefallen lassen; zu berichtigen ist nur, daß nicht die Stadt Leipzig, sondern der Wahlkreis Gerichtsamt Leipzig (einen Theil der Dörfer um Leipzig umfassend) und zwar speziell die conservative Partei daselbst diesen bedauerlichen Vorgang verschuldet hat.

* Leipzig, 15. Sept. Der Rath der Stadt Leipzig macht Folgendes bekannt: „Zur Feier der Einführung des Deutschen Reichsgerichts wird seitens der Stadtgemeinde Mittwoch, 1. Oct., abends 8 Uhr, in den festlich geschmückten Räumen des Neuen Stadttheaters ein Abendfest gegeben werden. Die nach Abzug der offiziellen Einladungen verbleibenden Eintrittskarten stellen wir unsern Mitbürgern zu dem Preise von 10 M. per Karte zur Verfügung. Anmeldungen werden vom 15. Sept. ab in unserer Rennstätte angenommen.“

